



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2014

Noch ausstehende Wahl(kreis)versammlungen zur Aufstellung unserer KandidatInnen für die Bezirksversammlung

1. **Wahlkreis 2** (St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde und Rothenburgsort)
Donnerstag, den 13. Februar 2014, 19:30 Uhr, Gemeinschaftsraum Drachenbau (Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg)
2. **Wahlkreis 3** (Hamm)
Samstag, den 8. Februar, 12:00 Uhr, im Bezirksbüro der LINKEN (Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg)
3. **Wahlkreis 4** (Horn)
Samstag, den 8. Februar, 15:00 Uhr, im Bezirksbüro der LINKEN (Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg)
4. **Wahlkreis 5** (Billstedt-Nord)
Samstag, den 22. Februar, 12:00 Uhr, Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a (an der U-Bahn Billstedt)
5. **Wahlkreis 6** (Billstedt-Süd)
Samstag, den 22. Februar, 15:00 Uhr, Kulturpalast Hamburg (s.o.)

6. **Bezirksliste**

Mittwoch, den 26. Februar, 18:30 Uhr Pausenhalle / Aula der Heinrich Wolgast Schule, Greifswalder Straße 40, 20099 Hamburg

Auf allen Versammlungen sind die **Mitglieder der LINKEN** stimmberechtigt, die in dem entsprechenden Wahlkreis bzw. im Bezirk Hamburg Mitte wohnen. Wählbar sind **alle Menschen**, die ihren ersten Wohnsitz im Bezirk Mitte und das Wahlrecht zur Bezirksversammlung haben.

Es gibt an die jeweils betroffenen Mitglieder eine entsprechende schriftliche Einladung.

Wir bitten alle Eingeladenen, dieser Einladung auch zu folgen, denn unsere KandidatInnen sollten ein breites demokratisches Mandat der Partei erhalten!

Und nach wie vor gilt: Alle an Kommunalpolitik Interessierten sollten auf der Basis unseres beschlossenen Bezirkswahlprogramms zu einer Kandidatur mindestens im Wahlkreis bereit sein.

Bernhard Stietz-Leipnitz

(Ergebnisse WK 7 + 8 Seite 5)

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Freitag, 07.03.2014

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt

Kurzbericht BMV am 25.01.	S. 2
Erklärung zum Rücktritt Teddy	S. 2
Änderungsanträge Europaprogramm	S. 3
Bewerbungen Bezirkswahl	S. 4
Das liebe Geld ...	S. 6
Billstedt und die Flüchtlinge	S. 7
Ein dauerhafter igs-Zaun?	S. 9
Stadtteilhaus Horn / Facebook	S. 10
Veranstaltungen	S. 11
Termine/Kontakt	S. 12

„Diese Verzweiflung treibt die Menschen in die Verzweiflung und in die Perspektivlosigkeit“- wir halten mit unserem Bezirkswahlprogramm dagegen!

Wieder mehr als 20 Mitglieder des Bezirksverbandes fanden sich am 25. Januar in der Altstadt zusammen um das Bezirkswahlprogramm zu „befassen, beraten und zu beschließen“, wie es immer so schön heißt. Die von uns auf einer der letzten BMVen beauftragte Redaktionsgruppe war kurz vorher fertig geworden und ihr zehneitiger Entwurf stand nun auf der TO. Mit der bei uns obligaten Verspätung, diesmal rund einer halben Stunde ging's dann unter Teddys Leitung los mit den Berichten aus den verschiedenen Stadtteilgruppen und dem Vorstand sowie der Bezirksfraktion.

Nach einer Stärkung am vom Bezirksvorstand organisierten improvisierten Buffet führte uns dann Kris Glaser durch die Antragsberatung. Im Laufe der Veranstaltung waren's dann wohl über 15 Änderungs- und 2 Ersetzungsanträge, die wir zum Großteil mit sehr großer Mehrheit ablehnten. Damit gelang es uns wiederum, „provinzielle“, rechtssozialdemokratische (gar ein Willy Brandt-Zitat sollte aus dem Programmwurf entfernt werden), zynisch „biologistische“ und „illusionäre“ Einwände gegen den Entwurf abzuwehren. Ein austauschbares und unverbindliches Programm wollten wir nicht verabschieden, waren der Versuche dazu auch viele (s.o.)! Jetzt ist das Programm in der Endredaktion und in den BO und SG sollen noch Teile zu den Stadtteilen erarbeitet (bzw. für die Druckfassung gekürzt) werden, so dies noch nicht geschehen.

Jetzt sind die Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, die es umsetzen! Der Aufruf zur Meldung

beim Vorstand und zum Hingehen auf die Wahlversammlungen gilt weiter und der eine oder die andere sollte überlegen, ob er oder sie nicht gerade vor dem Hintergrund des verabschiedeten Programmes in der Pflicht steht, an hervorragender Stelle zumindest unserer Bezirksliste „den Hut in den Ring zu werfen“! Vorstandsmitglieder jedenfalls sollten das spätestens nach diesem Sonnabend jedenfalls nicht mehr tun.

Die beschlossene, aber noch nicht layoutete Fassung des Programms hängt der elektronischen Ausgabe des Mitteilungsblattes an.

Als wir fertig waren, war uns die Zeit und der eine oder die andere weggelaufen, aber wir wollten ja, der eigenen Historie folgend, auch noch zu den Entwürfen der Europaprogramme die eine oder andere Verbesserung bzw. Richtigstellung hinzugeben und so verlängerten wir dann um eine Stunde und setzten dafür den dritten „Tagungsleiter“ ein. Der Vorsitzende unserer Bezirksfraktion führte uns dann schnell durch ein volles Programm und so gelang uns fast eine Punktlandung und ein gemeinsames Ende, was ja selten bei uns. (Beschlüsse siehe S. 3 f.).

Ach ja, Teddy trat noch von seinem Vorstandsposten zurück, aber dazu an anderer Stelle (unten).

Volker Honold

Teddy Dührkop: Erklärung zu meinem Rücktritt :

Ich, Stefan Teddy Dührkop, erkläre hiermit meinen Rücktritt aus dem Parteivorstand Hamburg Mitte.

Begründung:

Ich habe schon mehrmals auf vergangenen Sitzungen erklärt, dass nach meiner Meinung und politischen Überzeugung der Vorstand alle politischen Richtungen zu berücksichtigen hat, um sie in der politischen Arbeit zu unterstützen. Der Vorstand ist verpflichtet, allen GenossInnen die Vielfalt der Politik nahe zu bringen.

Leider musste ich mit Bedauern feststellen, dass ich mit dieser Meinung keine Mehrheit in dem Vorstand habe und deshalb regelmäßig Genossinnen

und Genossen wegen politischer Inhalte ausgegrenzt werden. Anstatt politisch und inhaltlich auf Kritik zu reagieren, wurde der Vorstand dazu benutzt Politik zu verhindern.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hat, dass die Arbeit der Kommission für das Bezirkswahlprogramm, welche der Vorstand selbst eingesetzt hat, diffamiert wurde und deren Arbeit nicht gewürdigt wurde.

Diese Art politisch zu agieren widerspricht allen meinen politischen Überzeugungen, deshalb kann ich die Arbeit dieses Vorstandes nicht mehr mittragen und trete zurück.

Am 25.01. beschlossene Änderungsanträge des Bezirksverbands an die Leitanträge zum Hamburger Bundesparteitag am 15.2.2014

Leitantrag L.1. „Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch“ (PV)

- 1) Zeile 2: ~~„Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen.“~~ ersetzen durch „Nach den Verheerungen der zwei Weltkriege und des Faschismus setzten die allermeisten Menschen ihre Hoffnungen auf die Verständigung zwischen den Völkern in Europa und weltweit - ohne Ausbeutung, Bedrohung und Krieg, friedlich, demokratisch und gleichberechtigt.“
- 2) Zeile 32: ~~„Doch wenn unsere Nachbarn verarmen, werden die Exporte einbrechen profitieren nur die Banken und Konzerne.“~~

Begründung: „Der unbeirrbar stumpfsinnige, mit dem diese Kapitalisten ihre törichte Geldpolitik fortsetzen, immer weiter, immer weiter, bis zur Ausblutung ihrer Werke und ihrer Kunden, ist bewundernswert. Alles, was sie seit etwa zwanzig Jahren treiben, ist von zwei fixen und absurden Ideen beherrscht: Druck auf die Arbeiter und Export.“ (Kurt Tucholsky: Die Herren Wirtschaftsführer, 1931).

- 3) Zeile 47: ~~„ Sie [rechtspopulistische und rechts-extreme Parteien] stehen ebenso auf der Seite der großen Konzerne und der Finanzmärkte wie die Mainstream-Parteien. In Deutschland hofft die AfD von der Krise zu profitieren. Gegen die neoliberale Ausrichtung der anderen Parteien, gegen Rechtspopulismus und Ausgrenzung stellen wir unsere linken Alternativen zur Wahl klären wir über die Ursachen der Krise auf und engagieren uns grenzübergreifend für eine solidarische Entwicklung.“~~
- 4) Zeile 88: ~~„Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen die Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland, weltweit. Nicht, indem wir uns zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union. Gegen die nationalistische Großmachtspolitik insbesondere der Bundesregierung setzen wir auf Internationalismus. Wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland um gute soziale Standards ringen.“~~
- 5) Zeile 99: ~~„Vielen Menschen ist das Nationale zu eng. Auch für uns. Viele Menschen wenden sich gegen nationalistische Verengung. Auch wir. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen,~~

Gewerkschaften und linken Parteien streiten wir für eine neue, andere Europäische Union.“

- 6) Zeile 110: ~~„In den letzten Jahren haben hunderttausende Menschen dagegen protestiert, dass ihre Regierungen den Kürzungen kaum Widerstand entgegen gesetzt haben die zynischen Kürzungsdiktate der Troika durchgesetzt haben“.~~
- 7) Zeile 484: ~~„Verbindliche Richtlinien bei Leiharbeit, Dienstleistung und Entsendung sind notwendig. Beschäftigte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und als Lohndrücker oder Streikbrecher missbraucht werden – wir wollen überall in Europa gute Arbeit und gute Löhne. Wir setzen uns für ein Verbot der Leiharbeit und für den Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Mann und Frau' ein.“~~
- 8) Zeile 517: ~~„Insbesondere bei gegen Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen müssen die Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestärkt werden – eine Verlagerungsabgabe soll verhindern, dass Unternehmen für kurzfristige Renditen verlagert werden; sie sollen an der Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten von Betriebsschließungen beteiligt werden. Massenentlassungen in profitablen Betrieben müssen verboten werden.“~~
- 9) Zeile 804 Spiegelstrich einführen: „ - Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie der Arbeitsbedingungen müssen die Lenkzeiten der LKW-Fahrer verkürzt und die Ruhezeiten verlängert werden.“
- 10) Zeile 809 einführen: „Wir bekämpfen die Pläne der CSU zur Einführung einer PKW-Maut für Ausländer, da sie rassistische Demagogie sind und zum Abzocken der Verbraucher führen.“
- 11) Zeile 1110: „Historisch zielten die Einigung Arbeiter- und andere fortschrittliche Bewegungen in Europa darauf, Kriege zu verhindern und – nach den Weltkriegen im 20. Jahrhundert – zu einer friedlichen Entwicklung in und außerhalb Europas beizutragen. „Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften in den 50er Jahren zielte dagegen auf Westbindung und Herstellung eines imperialistischen Machtblocks in der Welt.“

Begründung: Wir teilen nicht die Auffassung des norwegischen Nobelpreiskomitees.

- 12) Zeile 1148: ~~„Wir setzen uns für einen Austritt Deutschlands und anderer EU-Staaten aus den~~

militärischen Strukturen der NATO als ersten Schritt zu ihrer Auflösung ein.

13) Zeile 1183: „Angesichts der dramatischen Lage – mit über 20 000 Toten an den EU-Außengrenzen seit Anfang der 1990er Jahre – fordern wir: offene Grenzen für alle Menschen in Not!“

14) Zeile 1199: „Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssen die Möglichkeit zur Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben. Wir fordern unbedingtes Bleiberecht und menschenwürdige Unterkünfte, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle - kein Mensch ist illegal!“

15) Zeile 1201 Spiegelstrich einfügen: „- Wir treten für ein europäisches Asylrecht im Sinne des alten Grundgesetzes ein.“

16) Zeile 1213: „Zum Beispiel Sinti und Roma aus dem Balkan, genießen real oft keine Reisefreiheit innerhalb der EU, auch wenn eine Visafreiheit mit ihren Herkunftsländern verabredet wurde. Der rassistischen Hetze von CSU und anderen Parteien treten wir entschieden entgegen - die Armut muss bekämpft werden, nicht die Armen!“

17) Zeile 1216: „DIE LINKE setzt sich für eine Visa-Liberalisierung ein. Unser Ziel ist ein Europa – und eine Welt – ohne ~~Visa-Pflicht~~ Grenzen.“

Leitantrag L.2. „Mut für ein anderes Europa“ (Dehm/Gehrcke)

1) Zeile 74: „~~Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen.~~“ ersetzen durch „Nach den Verheerungen der zwei Weltkriege und des Faschismus setzten die allermeisten Menschen ihre Hoffnungen auf die Verständigung zwischen den Völkern in Europa und weltweit - ohne Ausbeutung, Bedrohung und Krieg, friedlich, demokratisch und gleichberechtigt.“

2) Zeile 353: „Deine Stimme für DIE LINKE kann den europafreundlichen und darum EU-kritischen Kräften Mut und Kraft geben. Und: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme ~~für weniger gegen~~ Militarismus und weniger Bankenmacht in der EU, für umfassende Entmilitarisierung, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Entfaltung und Emanzipation. Anders als CDU/CSU, AfD, SPD und Grüne wollen wir mehr Demokratie wagen.“

3) Zeile 323 einfügen: „Wir bekämpfen die Pläne der CSU zur Einführung einer PKW-Maut für Ausländer, da sie rassistische Demagogie ist und zum Abzocken der Verbraucher führt.“

Bewerbung für Platz 1 der Bezirksliste

Moin moin GenossInnen ,

ich, Stefan 'Teddy' Dührkop, möchte am 26.02. für die Bezirksliste für die Bezirkswahl 2014 auf Platz 1 kandidieren und mich hier nochmal vorstellen.

Ich bin am 19.10.1963 auf der Schanze in Hamburg geboren worden und wohne auf der Veddel.

Mein politisches Denken und Handeln begann in den 80igern über Antifagruppen, Anti AKW Demos und aktive Teilnahme an Hausbesetzungen.

Ich habe selber über 10 Jahre in der Hafestraße gewohnt und in dieser Zeit auch politisch links gewirkt. Damals habe ich festgestellt, dass ich politisch dem Anarchosyndikalismus und Rätekommunismus nahe stehe.

Am 10.10. 2008 bin ich in die Partei DIE LINKE eingetreten, weil ich zu den Agenda 2010- und Hartz 4-Betrogenen gehöre und mir politisch nahe stehende Menschen mir geraten haben, meine

politische Erfahrung und Überzeugung in den Aufbau dieser neuen Partei einzubringen.

Ich bin derzeit Sprecher der BO Wilhelmsburg/Veddel, Delegierter des Landesparteitages, Mitglied des Stadtteilbeirates Veddel, zugewählter Bürger des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel und des Sportausschusses Mitte.

Dies war nun ein kurzer Abriss dessen, was mein Leben so ausmacht. Was ich politisch in der Bezirksversammlung will, wie ich den demokratischen Sozialismus und Antikapitalismus zum Wohl der Menschen in diese einbringe, möchte ich euch auf unserer Wahlveranstaltung erzählen.

Falls ihr jetzt schon Fragen habt, könnt ihr mich jederzeit ansprechen oder an mailen: ted-dielinke@t-online.de

Schwarz-roter Gruß
Teddy

Eine Bitte der Redaktion: Nur ganz wenige GenossInnen haben von der Vorstellung im Mittemang vor den Wahlkreisversammlungen Gebrauch gemacht. Ich bitte **alle tatsächlich auf die Listen gewählten** KandidatInnen, mir für die nächste Ausgabe eine **Kurzvorstellung nebst Foto** zur Verfügung zu stellen. (Bis zum 7. März!), Danke, Bernhard

Am 01.02. bereits gewählte KandidatInnen:

Wahlkreis 7 (Veddel, Wilhelmsburg-Ost, Kleiner Grasbrook)

Listenplatz 1: Ronald Wilken

Listenplatz 2: Christine Wolfram

Listenplatz 3: Stefan (Teddy) Dührkop

Listenplatz 4: Michael Czerwinski

Wahlkreis 8 (Wilhelmsburg-West, Steinwerder, Waltershof, Finkenwerder, Neuwerk)

Listenplatz 1: Manfred Schubert

Listenplatz 2: Renate Hercher-Reis

Listenplatz 3: Kerstin Fremder-Sauerbeck

Listenplatz 4: Olaf Harms



Kandidatur im Wahlkreis 2

Ich, Frank Rinnert, Baujahr 1966 (nur auf diesem Foto rechts stehend), möchte mich durch meine Kandidatur in die Kommunalpolitik einbringen, da sie das feste Fundament der Parteiarbeit darstellt, auf die unsere hehren Ziele aufbauen.

Ich beobachte für DIE LINKE die Arbeit des Stadtteilrates Rothenburgsort und liebe es, mitzugestalten.

Mit solidarischen Grüßen,

frank

Manfred Schubert: Warum ich auf der Liste für das Direktmandat im Wahlkreis 8 (Wilhelmsburg, Finkenwerder...) kandidiere, und nur dort

Nach den Wahlen bin ich Anfang 2009 in die Partei Die LINKE eingetreten und sitze seit dieser Zeit im RA Wilhelmsburg/Veddel.

Schon in den 1990er Jahren war ich Mitglied der Bezirksversammlung. Damals gehörte Wilhelmsburg noch zu Harburg. Aus dieser Zeit ist mir klar, wie wenig ein RA erreichen kann. Dennoch ist diese Ebene eine sehr wichtige im Stadtstaat Hamburg. Viel mehr ist es zwar auch nicht unbedingt, aber zumindest kann eine BV einiges erreichen. Die Kompetenz ist einfach vorhanden und das Problem besteht zunächst einmal in der Erkenntnis wie vorzugehen ist, um Ziele auch verwirklichen zu können.

Eine Folgerung daraus könnte nun sein, mit Macht in die BV zu gelangen. Dazu kann die Bezirksliste ein Sprungbrett sein. Die Verlockung ist groß und viele Menschen streben deshalb einen Platz möglichst weit vorne auf der Bezirksliste an.

Das mache ich ganz bewusst nicht so. Aber warum?

Ich kritisiere bei jeder Gelegenheit, wenn im Stadtteil „bekannte“ Menschen kandidieren, um der Partei Stimmen zu bringen, die dann nach der Wahl keinesfalls gewillt sind ein eventuell errungenes Mandat auch anzunehmen. Ich nenne das immer Wählerverarschung. Dabei bleibe ich auch zukünftig.

Unser bekanntestes Opfer dieser Ideologie ist Heike Sudmann. (Auch wenn ich unheimlich froh bin, dass sie ihr Mandat in der Bürgerschaft hat und ich von ihr und Michael Joho profitiere, weil ich beide gerne unheimlich ausnutze und sie mir bei jeder Gelegenheit helfen).

Ich will aber aus einem anderen Grund meinen Namen nicht auf der Bezirksliste sehen.

Nehmen wir mal an, in Wilhelmsburg wählen 100 Menschen die LINKE. Auf der Liste für den WK 7 und der Bezirksliste steht der Name von Ronald. Auf der Liste für den Bezirk steht der Name von Teddy und auf der Liste für den WK 8 und auf der Bezirksliste steht mein Name. Wir drei teilen uns dann 100 Stimmen. Stehen aber nur zwei Namen auf den Listen, teilen sich auch nur zwei Menschen diese 100 Stimmen.

Es ist somit für die Partei eher ein Vorteil wenn ich nicht auf der Bezirksliste stehe.

Denn die 100 Menschen wählen die LINKE aus Überzeugung, nicht „nur“ die Namen auf den Listen.

Gibt es denn eine reelle Chance in die BV einzuziehen zu können, indem man ein Direktmandat erreicht?

Die häufigste Antwort auf diese Frage lautet Nein!
Seltener ist ein überzeugtes Ja!

Ich denke, es gibt sie. Bei den Wahlen ist das Stimmverhalten der Menschen nicht nur abhängig von Gewohnheiten. Oft wechseln WählerInnen zu einer anderen Partei, weil die Arbeit der letzten Jahre bewertet wird. Und gerade hier gab es auf der Insel viele Erfolge. Die Menschen haben bemerkt, wer für und wer gegen ihre Interessen gekämpft hat. Wir haben sehr gute Kritiken bekommen und deshalb habe ich viel Hoffnung.

Da mich in Finkenwerder niemand kennt, müsste ich natürlich als Direktkandidat oft vor Ort sein, damit mich die Menschen dort sehen und mit mir

reden können. Das weiß ich und es wäre für mich eine Pflicht, der ich gerne nachkommen würde.

Ich kritisiere laut und deutlich, wenn DirektmandatsträgerInnen sich in der Legislatur nicht vor Ort sehen lassen, sondern erst wieder auftauchen, weil die nächste Wahl ansteht.

Dieser Kritik würde ich mich nie aussetzen. Ob ich monatlich oder seltener in Finkenwerder wäre, das müsste die Zukunft mit sich bringen. Wäre auch eine Absprache mit der BO vor Ort. Aber vier oder fünf Jahre abtauchen, das widerstrebt mir ganz gewaltig. Im RA würde ich aber gerne weiter arbeiten. Für die LINKE!

Das liebe Geld: Mitgliederkartei bereinigt und mit mehr Mitgliedern in das neue Jahr eingestiegen

Wenn diese Zeilen erscheinen sind alle unsere Gläubiger aus dem letzten Jahr finanziell zufrieden gestellt. Der Landesschatzmeister weist 238, davon 201 zahlende Mitglieder für das Jahresende aus. Des Schatzmeisters Übersicht weist ein saftiges Minus in unserem Haushalt des Vorjahres aus, u.a. dem Umstand geschuldet, das wir gegen den Landesverband noch Forderungen über ein halbes Jahr Mitgliedsbeitragsanteil haben und uns Mitte des Jahres mit unserer Fraktion über die Aufbringung der Mietkosten für das von ihr vor Jahren angemietet Büro in der Georg-Wilhelm-Str. auf der Elbinsel bis zur Bezirkswahl 2014 einigten.

Zum Ende des letzten Monats haben wir dem Landesschatzmeister Mitglieder, die teils noch nie bezahlt hatten, offiziell zur Streichung gemeldet, viel weniger als vorletztes Jahr, aber immer noch zu viele für eine lebendige Partei mit aktiven Basisorganisationen. In der Mitgliederbetreuung können wir vor Ort noch viel, viel besser werden. Das ist und bleibt vor allem eine Aufgabe der untersten Parteigliederungen! *(vorausgesetzt, der Informationsfluss zum Thema Ein- und Austritte funktioniert, red)*

Allerdings hat uns der Landesschatzmeister schon angekündigt, falls wir das nicht umgehend tun, weitere Streichungen vorzunehmen, denn immerhin wiesen wir ja 37 Nichtzahler aus. Das gibt mir Gelegenheit auf den veränderten § 3(3) der Bundessatzung zur Beendigung der Mitgliedschaft hinzuweisen, der da lautet: „Bezahlt ein Mitglied sechs Monate keinen Beitrag und ist nicht von dieser Pflicht befreit, so gilt das als Austritt aus der Partei. In diesem Fall ist dem Mitglied ein Gespräch anzubieten, bei ihm die satzungsgemäße Beitragszahlung schriftlich anzumahnen sowie die Konsequenz aus der Pflichtverletzung mitzuteilen. Der Vollzug des Austritts wird durch den zuständigen Kreis- oder Landesvorstand sechs Wochen nach erfolgter

schriftlicher Anmahnung festgestellt, sofern die satzungsgemäße Beitragszahlung bis dahin nicht erfolgt ist.“

Mit Verweis auf diesen Paragraphen hat uns der Landesschatzmeister darauf aufmerksam gemacht, dass wir bei unseren Streichungsvorschlägen teils die Vorgaben des Parteiengesetzes und die innerparteilichen Regelungen nicht beachtet hätten, z.B., dass niemand von der Beitragszahlung einfach freigestellt werden kann, der oder die dies nicht gegenüber dem jeweilig zuständigen Vorstand erbeten hat. Auch hierzu ein Auszug, diesmal aus der Bundesfinanzordnung:

„§ 2 Beitragsordnung

1. Die Mitgliedsbeiträge sind die Haupteinnahmequelle der Partei. Ihre ordnungsgemäße und vollständige Kassierung ist wesentliche Voraussetzung für die Finanzierung der politischen Arbeit der Partei.

2. Jedes Mitglied ist zur regelmäßigen Zahlung seines Mitgliedsbeitrages auf der Grundlage der gültigen Beitragstabelle verpflichtet. **Für Mitglieder ohne oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Mindestbeitrag 1,50 Euro. Der Mitgliedsbeitrag ist jeweils zu Beginn des Zahlungszeitraumes fällig.** In begründeten Härtefällen kann ein Mitglied mit Zustimmung des zuständigen Gebietsvorstandes bis zu einem Jahr von der Beitragszahlung befreit werden.“

Achtet also bitte darauf, dass Ihr mindestens alle sechs Monate Beiträge entrichtet (also z.B. keine jährliche Zahlung im Nachhinein per Dauerauftrag!) Natürlich könnt ihr auch weiter monatlich oder zweimonatlich zahlen, auch in bar z.B. bei Mitgliederversammlungen ...

Alle nach diesen Regelungen von der Streichung Betroffenen sind vom Landesverband angeschrie-

ben worden und auf ihr Widerspruchsrecht gegen die Streichung hingewiesen worden. Übrigens: Im Vorstand hatten wir uns 2013 u.a. zur Aufgabe machen wollen, uns zeitnäher mit Nichtzahlern zu beschäftigen, um künftig nicht so lange zu warten mit dem Ausschluss bei Beitragsrückständen und die Mitgliedsbetreuung sollte ja eh einer unserer Schwerpunkte sein, so man uns die Zeit ließe. Auch etwas, was uns unzureichend gelungen ist und uns bei den drei noch real verbliebenen Vorstandsmitgliedern auch bis zum Ende unserer Tage im Amt absehbar nicht ausreichend gelingen wird.

Ansonsten haben wir unsere Mitgliedschaft leicht wieder aufgebaut, ohne allerdings die Zahlen der ersten Jahre erreicht zu haben. Mit nunmehr 238 statt 222 in den Listen erfassten Mitte-Linken haben wir den ersten Platz in der Liste im Landesverband (LV) an Altona verloren und verlieren dadurch, vor allem aber durch unsere Zusage, nur

mehr auf 25% des zu verteilenden Beitragsaufkommens zu bestehen, monatlich 100 bis 113€ bei der Zuweisung von Mitgliedsbeitragsanteilen seitens des Landesschatzmeisters in diesem Jahr, je nachdem, wie sich der Landesfinanzrat in diesem Monat einigt. Wie sich das auf unseren Haushalt auswirkt, wird der Mitgliedschaft noch im ersten Quartal zur Kenntnis gebracht werden. Eine letzte Zahl noch: Der durchschnittliche Monatsbeitrag im LV liegt jetzt über 9€. Das dürfte sich der Landesschatzmeister als Erfolg ans Revers heften. Trotzdem meine Aufforderung an euch: Überlegt und rechnet durch, ob ihr nicht euren Beitrag erhöhen könnt! Und, ganz wichtig mit zwei Wahlkämpfen vor der Nase: Euer Bezirksverbandsvorstand bittet: spendet eurem Bezirk zusätzlich Geld für die Wahlkämpfe. Es verbleibt in diesem Jahr zu 100% bei uns in Mitte!

V. Honold, Bezirkskassier

Für ein mitmenschliches Billstedt

Seit wir uns hier in Billstedt einmischen, begleitet uns ein Phänomen, das wohl nicht Billstedtspezifisch ist, aber das hier eine dynamische Ausprägung hat. In diesen eher verschlafenen Stadtteil kommt immer dann Bewegung, wenn es um Themen geht, die in irgendeiner Form mit Menschen aus anderen Kulturkreisen zu tun haben. Dann ist „Aufruhr“ angesagt. Die Veranstaltungsorte sind übermäßig gut besucht und platzen aus allen Nähten.

Mit dieser Erfahrung waren wir das erste Mal bei der Auseinandersetzung um die Flüchtlingsunterkunft Mattkamp konfrontiert. Eine unheilige Allianz aus SPD, CDU und Grünen hatte sich im Unterausschuss auf eine populistisch geprägte Reise gemacht. Sie hatten damals den Beschluss gefasst, die Flüchtlingsunterkunft in zwei Etappen abzuwickeln. Leider hatte auch der damalige Vertreter der Partei DIE LINKE in diesem Ausschuss diesem Vorhaben zugestimmt. Seine Zustimmung hat er dann auch noch uns gegenüber verteidigt und gerechtfertigt!!! Was aus den Menschen werden sollte, die dort wohnen, war kein Thema. Wir haben das Thema in den RA Billstedt eingebracht und für Öffentlichkeit gesorgt. Die Zuschauerbänke waren voll!!! Mit Bauchschmerzen haben wir uns für den Erhalt der Unterkunft eingesetzt und es ist uns gelungen die Stimmung gegen die Unterkunft zu kippen.

Die zweite Erfahrung haben wir diesbezüglich mit dem geplanten Ausbau bzw. Umbau der afghanischen Moschee gemacht. Hier war bereits im Vorfeld Stimmung über die Presse gegen den Ausbau der Moschee gemacht worden, wobei sich der damalige Bezirksamtsleiter Schreiber und ein In-

formant aus der CDU hervorgetan haben. Es kam dann zu einer Veranstaltung im Saal des Panorama-Hotels. Eine derartig durch Fremdenfeindlichkeit aufgeheizte Stimmung haben wir selten vorher erlebt. Auch hier ist es uns gelungen, die Stimmung durch diverse Redebeiträge zu kippen.

Oststeinbeker Weg: Anwohnerinnen gegen Flüchtlinge?!

Als vor ca. 7 Monaten die Pläne im Stadtteil bekannt wurden, auf dem Gelände der ehemaligen Schule Oststeinbeker Weg ca. 60 Flüchtlinge unterzubringen, begann es wieder zu rumoren. Initiiert durch diverse Anwohner, die ihre Eigenheimidylle bedroht sahen, wurde massiv Stimmung gegen die Unterbringung gemacht. Diesmal bekam die Geschichte leider eine neue Qualität, denn die Anwohner begannen sich zu organisieren, woraus dann im Laufe der Auseinandersetzung eine Bürgerinitiative gegen die Unterbringung der Flüchtlinge entstanden ist, die auch eine eigene Webseite betreibt. (bisow) Die Anwohner haben dann versucht den Stadtteil mit ihren menschenverachtenden Ansichten zu infizieren. Dazu haben sie gleich am Anfang eine Sitzung des RA Billstedt genutzt. Wie gehabt- die Zuschauerplätze waren gefüllt und es soll teilweise zu tumultartigen Szenen gekommen sein. Einige Mitglieder des RA (Linke, der Pirat und die Vorsitzende des Ausschusses von der SPD) sollen verzweifelt versucht haben, dagegen zu argumentieren. Mir ist von offen rassistischen Äußerungen aus dem Umfeld der Anwohner berichtet worden. Dann haben die Anwohner versucht ihre „Basis“ zu erweitern. Sie haben zu einer Versammlung in die Räume der AWO eingeladen, um dort ihre Strategien festzulegen. Dieses Vorha-

ben ist uns rechtzeitig bekannt geworden und wir haben auch zu dieser Versammlung mobilisiert, um ein Gegengewicht aufzubauen. Als wir dort angekommen sind, hatte sich vor dem Eingang eine Schlange gebildet. Der Saal war brechend voll. Es ist uns gelungen dort Flagge zu zeigen!! Weitere Details möchte ich den Lesern ersparen, aber einige Aspekte möchte ich noch bearbeiten. Da ist zum einen die Rolle der SPD. Die SPD hat einen Antrag in die nächste Sitzung des RA Billstedt eingebracht, der sich an den „Arsch“ der Anwohnerinitiative angehängt hat. Begierig sind die Grünen und natürlich die CDU auf diesen Antrag aufgesprungen. Allerdings gab es in der SPD Fraktion wohl auch Widersprüche. Eine Minderheit war mit diesem Antrag wohl nicht einverstanden, aber sie hat sich kein Gehör verschafft.

Das Feld nicht der Fremdenfeindlichkeit überlassen!

Wir haben dann die Notwendigkeit gesehen, dem Treiben etwas entgegenzusetzen. Ziel war es eine Veranstaltung zu organisieren, die dann in den Räumen der Jubilate Kirche stattgefunden hat. Sie war für Billstedter Verhältnisse sehr gut besucht. Durch die Besetzung des Podiums wollten wir deutlich machen, dass sich die Ablehnung vordergründig gegen die Flüchtlinge richtet, aber im Prinzip haben sich viele Billstedter mit Migrationshintergrund abgelehnt gefühlt. Sie waren auch gemeint. Das war ihr Gefühl. Außerdem wollten wir den Bogen zum Thema Ausgrenzung spannen. Dieses Thema umfasst alle Menschen, die nicht in die schicke und reiche Stadt passen, denn es gibt in Billstedt mittlerweile mehr und mehr „Aufwertungsfanatiker“, die mittlerweile sozialen Wohnungsbau in Billstedt ablehnen, weil sie stattdessen mehr gut situierte Menschen hier ansiedeln wollen. Das Bildungsbürgertum möchte unter sich bleiben. Die Konsequenzen einer Umsetzung dieser Idee liegen auf der Hand. Die Mieten würden steigen und es würde ein Verdrängungsprozess einsetzen, der in letzter Konsequenz auch die Befürworter dieser Idee treffen könnte.

Die Anwohner haben dann Presseaktivitäten in Szene gesetzt, um für ihr Anliegen zu trommeln. Selbst die TAZ hat ihnen eine Plattform gegeben. Darauf haben wir mit einem Gegenartikel geantwortet. Sie sind dann vor Gericht gezogen und haben dort wohl eine Niederlage einstecken müssen.

Nach der Veranstaltung in der Jubilate Kirche hat sich ein runder Tisch gegründet, der sich für sehr praktische Unterstützung der Flüchtlinge einsetzt,

die vor ca. einem Monat in die Räumlichkeiten der ehemaligen Schule eingezogen sind. Es finden regelmäßige Kaffeerunden statt. Es gibt bereits Deutschunterricht und weitere Unterstützung auf vielen Ebenen ist geplant. Wir beteiligen uns an dieser Unterstützungsarbeit. Bei unseren ersten Besuchen haben wir wirklich liebenswerte Menschen kennengelernt.

Welche Überlegungen müssen wir anstellen?

In Billstedt (wie auch in vielen anderen Stadtteilen) gibt es einen Bodensatz ausländerfeindlicher Stimmungen, dem wir unbedingt etwas entgegenzusetzen müssen. Noch sind diese Leute nicht übergreifend politisch organisiert, aber erste Organisationsversuche sind in Gange – siehe Anwohnerinitiative. Diese menschenverachtende Stimmung verfängt immer mehr auch in Kreisen, von denen wir bisher angenommen haben, dass sie dagegen immun wären. So haben wir auch aus Kreisen Verständnis für die Anwohnerinitiative wahrnehmen müssen, die wir eher dem „linksliberalen“ Kleinbürgertum zugeordnet haben. Hier ist wohl die Angst vor dem Verlust der Privilegien ein Element. Wir haben es in der Auseinandersetzung nicht nur mit plumpem Stammtischgegröle zu tun, sondern die Auseinandersetzung hat sich durch kleinbürgerliche Einflüsse intellektualisiert. Hier haben wir es mit teilweise sehr raffinierten Argumentationen zu tun, die bei der Ablehnung der Flüchtlinge z.B. heuchlerisch auf das Wohl der Flüchtlinge abzielen. Das kann leider verfangen. Wir müssen auch in Billstedt ein organisiertes Gegengewicht schaffen, damit nicht demnächst braune Rattenfänger die Gunst der Stunde für sich nutzen. Das ist Antifa-Arbeit. Da beginnt sie!!

Einen Diskurs über unsere Befürchtungen, dass im Zusammenhang mit der Unterbringung der Flüchtlinge sich wieder einige Menschen ehrenamtlich abarbeiten, um die Bedingungen für die Flüchtlinge einigermaßen erträglich zu machen, während die Politik ihre inhumanen Bedingungen aufrechterhält, um Flüchtlinge abzuschrecken, möchte ich hier nicht beginnen, aber es ist notwendig diese Fragen im Auge zu behalten.

Momentan ist die Situation eine andere. Es gibt einen runden Tisch und es ist gut, dass es ihn gibt, denn hier zeigt sich ein schönes Billstedt. Ein Billstedt der Toleranz und der Mitmenschlichkeit - und das sollte uns freuen!!

Uwe Böhm, Regionalausschuss Billstedt

Ein neuer, dauerhafter Zaun für Wilhelmsburg?

Bis 2013 hatten wir in Wilhelmsburg 2 Zäune. Nach langen Protesten und der Umorganisation der HPA (Hamburg Port Authority) wurde mit großem Brimborium der Zollzaun um den ehemaligen Freihafen abgebaut. Nun soll der Zaun um das igs-Gelände bleiben, weil die teuren Installationen – Lampen, die 1000 € pro Stück kosten, usw. – angeblich Gefahr laufen, durch Vandalismus zerstört zu werden.



Nachdem man im Jahr 2008 den Zaun um das zukünftige igs-Gelände wegen anstehender Bauarbeiten an Brücken und Gewässern aufgebaut hatte, erwartete man im Stadtteil allgemein, dass der Zaun zwischendurch noch wieder abgebaut würde. Obwohl sich nicht besonders viel tat, blieb der Zaun jedoch. Das rief schon, besonders bei Anwohnerinnen und Anwohnern, Unmut hervor. Besonders die Jugendlichen, die den Park sehr intensiv genutzt hatten, ohne besonders durch Vandalismus auffällig zu werden, waren sauer. Es ist eben so, dass es nicht so viele Möglichkeiten für Jugendliche gibt, sich ohne Kosten zu treffen. Auch wurde den Bürgerinnen und Bürgern durch den Zaun eine Abkürzung zur Wilhelmsburger Mitte genommen, die viel genutzt war.

Und man hätte in den Jahren 2011 und 2012 schon hellhörig werden können. Denn damals wurde schon, zwar nicht so laut, aber dennoch öffentlich, darüber nachgedacht, den Zaun nach dem Megaevent nicht wieder abzubauen. Es wurde auch damals schon angeführt, dass dies wegen der Gefahr des Vandalismus nötig werden würde. Es wurden wohl einige der teuren Installationen beschädigt. Es kletterten also schon damals Menschen (es könnten auch durchaus Nichtwilhelmsburger_innen gewesen sein), über den nicht besonders hohen Zaun. In den Vorzaunzeiten war der gesamte Park nicht dafür bekannt, dass dort besonders viel Vandalismus stattgefunden hat.

Ich stelle daher den Zusammenhang zwischen Vandalismus und Aufbau des Zauns her. Gerade ein Zaun verleitet doch, mal zu schauen, was da

eigentlich passiert und sich das Gelände wieder zu erschließen. Ich will hier nicht für die Zerstörung von Gegenständen plädieren. Kann mir jedoch den Mechanismus, der zu solchen Verhaltensweisen führt vorstellen.

Nun soll der Zaun also wegen dieser Gefahr stehen bleiben und der InselPark, der nach Schließung der igs feierlich an die Wilhelmsburger Bürgerinnen und Bürger übergeben wurde, in der Nacht geschlossen werden.

Es tun sich dabei sehr viele Widersprüche auf:

- Wieso passiert denn Vandalismus angeblich nur in der Nacht?
- Aus welchem Etat soll denn der nächtliche Wachdienst, der für die Verhinderung von Vandalismus Sorge tragen soll, bezahlt werden? (bisher hat der Senat lediglich die Mittel für die Grünpflege aufgestockt).
- Wenn es bisher keine Mittel für einen solchen Wachdienst gibt, wird dies dann aus dem Etat für die Grünpflege abgezweigt? Und ist das damit verbunden, dass man wieder prekäre Beschäftigungsverhältnisse für die Grünpfleger einrichten zu müssen vorgibt?
- Könnte es sein, dass wegen der daraus entstehenden hohen Kosten doch auf die Finanzierung durch Eintrittsgelder zurückgegriffen werden muss?

Es gibt einzelne Gruppen, wie die Angler und Kleingärtner, für die wohl Sonderkonditionen geschaffen werden sollen. Im Zuge dieser Gespräche mit Bezirksamtsleiter Grote, haben sich die Kleingärtner bereit erklärt, im Gegenzug ein Auge auf den Park zu haben. Also ich hatte erwartet, dass alle interessierten Wilhelmsburger_innen hier an einem Strang ziehen. Eine Bürgerwehr aus Anglern und Kleingärtnern braucht man in Wilhelmsburg nun wirklich nicht.

Vor der Ausstellung wurde der Park vielfältig genutzt ohne, dass – wie oben bereits erwähnt – dauernd etwas zerstört wurde. Mein Vorschlag also:

Bauen Sie die ganzen teuren Installationen wieder ab. Die haben uns in Wilhelmsburg vorher auch nicht gefehlt. Dann können sie den Wilhelmsburger_innen ihren Park tatsächlich zurückgeben und den Zaun abbauen. Leider ist es ja nicht möglich, die massenhaft gefälltten Bäume wieder aufzustellen.

Renate-Hercher-Reis

Stadtteilhaus Horn – unendliche Geschichte?

Seitdem die LINKE in der Bezirksversammlung vertreten ist (2008), wird sie immer wieder mit neuen Ansinnen in Sachen Stadtteilhaus Horn konfrontiert. Anfangs ging es um einen Namenswettbewerb und Planungskosten für ein ÖPP-Projekt (öffentlich-private Partnerschaft) im großen Stil. Wir haben regelmäßig bezweifelt, ob es denn zielführend sei, hier ein Projekt für ausschließlich öffentliche Nutzung mit einem privaten Partner zu verfolgen. In der vergangenen Wahlperiode galten wir deshalb für das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung wie auch die anderen Parteien als linke Spinner – bis, ja bis der private „Partner“ feststellte, dass das Projekt nicht genug Geld abwerfen würde und absprang.

Nunmehr war auch die SPD schon immer der Meinung gewesen, dass ein ÖPP-Projekt zumindest an dieser Stelle falsch sei und auch das Fachamt fand es plötzlich sinnvoll, das Projekt mit öffentli-

chen Mitteln zu finanzieren, wenn auch in abgespeckter Form. Da waren aber schon mindestens zwei Jahre verloren.

Inzwischen scheint die Finanzierung für die „Horner Freiheit“ zu stehen, falls die RISE-Mittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro denn tatsächlich einmal frei gegeben werden. Laut Antrag der SPD in der Bezirksversammlung vom 23.1.2014 klafft noch eine Finanzierungslücke von 200.000 Euro, die aus Bezirksmitteln gedeckt werden soll. Eine Anfrage der CDU (Drucksache XX/4924) machte deutlich, dass letztlich der Senat (vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) seine Zuschüsse begrenzt und in gewisser Weise der Bezirk dafür bestraft wird, dass er auf das ÖPP-Projekt verzichtet hat.

Die HornerInnen brauchen ihr Stadtteilhaus! Wir wollen, dass es endlich gebaut wird, deshalb haben wir zugestimmt. besel

Ein offener Brief :

Liebe MOPOstlerInnen,

eine späte Genugtuung! Vor einigen Jahren wurde mir durch Freunde das Facebook-Programm auf den mac geladen. Ich wurde gefragt, ob ich zu sechs genannten Personen mail-Kontakt und Foto-Austausch möchte. Seltsamer Weise waren mir vier der sechs Personen bekannt. Dann wurde ich gefragt, ob ich Kontakt zu **allen** Personen haben möchte, ich bejahte und meinte damit, **alle sechs** Personen.

Welch ein Schreck, als mir Sekunden später 120 Namen als "meine Freunde" genannt wurden, mein gesamtes Adressbuch!

Es entstanden für mich peinliche Situationen, die bis zum heutigen Tag nach wirken. So wurde Dank Facebook z.B. ein Mensch, zu dem ich bis dahin ein sehr respektvolles Verhältnis hatte, durch derbe Anmache, die ich so nicht gewollt habe, ein ungefragter "Freund".

In einem weiteren Fall hatte ich gerade den Kontakt zu einer Person abgebrochen, die sich wohl

sehr gewundert haben muss, nun doch wieder angeschrieben zu werden.

Ein dritter Fall ging auch nicht viel besser aus. Ich wurde daran erinnert, dass wir doch sowieso Kontakt hätten, dass wir uns jederzeit persönlich, telefonisch oder schriftlich erreichen könnten, was denn dieser Blödsinn sollte?

Wochenlang habe ich versucht, mich schriftlich oder telefonisch zu entschuldigen. Ich habe auch versucht, einen ähnlich formulierten Brief an Facebook zu senden, der seinen Empfänger aber nie erreichte. Kann die MOPO etwas ausrichten?

Eine letzte Bemerkung: Im Snowdon-Zeitalter bekommt die Angelegenheit natürlich noch eine weitere Dimension. Zu den ausgeforschten Personen werden die Fotos gleich mitgeliefert. Wie praktisch!

Mit freundlichen Grüßen

Reinhild Schwardt

Und das war der Artikel in der MoPo: Stirbt Facebook in drei Jahren aus?

Von Till Stoppenhagen

Ist Facebook auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit? Diese steile These haben zwei Studenten der Princeton University aufgestellt. Sie untersuchten die Entwicklung von sozialen Netzwerken mit Modellen, mit denen die Ausbreitung von Epidemien wie der Beulenpest berechnet werden.

Das Ergebnis: Bis 2017 verliert das größte soziale Netzwerk der Welt 80 Prozent seiner laut Eigenangabe fast 1,2 Milliarden aktiver monatlicher Nutzer.

Laut den beiden Studenten verläuft die Nutzung eines Netzwerks von der Anmeldung bis zum Verlassen genau wie die Infektion und Genesung bei einer ansteckenden Krankheit. ...

Veranstaltungen

Ein Deserteursdenkmal für Hamburg und der Kriegsklotz am Dammtor

Die Geschichte eines lange überfälligen Gedenkortes

Ein offenes Podiumsgespräch mit

Ludwig Baumann | Zeitzeuge, Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz

Dr. Detlef Garbe | Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Helga Obens | Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal

René Senenko | Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal

Arbeitskreis Erinnerungsarbeit an der Ida Ehre Stadteilschule

Bela Rogalla | Landessprecher der Partei DIE LINKE Hamburg

Norbert Hackbusch | MdHB, kulturpolitischer Fachsprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE



Mittwoch 19. Februar - 19 Uhr - Hamburg Museum - Großer Hörsaal

(EG, barrierefreier Zugang über den Haupteingang)

Holstenwall 24, 20355 Hamburg

Ideenwerkstatt Zukunft der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchten wir Euch zur nunmehr fünften Frühlingsakademie der LINKEN einladen. Sie findet vom **23.-27. April 2014 am Werbellinsee** statt und trägt in diesem Jahr den Titel **Ideenwerkstatt: Zukunft der LINKEN**.

Die Frühlingsakademie will sich den Herausforderungen stellen, vor denen DIE LINKE in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit und Parteienmüdigkeit steht. Gleichzeitig soll sie einen Beitrag zur Fundierung der Diskussion um die Parteientwicklung leisten. Die gesellschaftlichen Grundlagen, unter denen eine Weiterentwicklung der LINKEN stattfindet, sollen ebenso deutlich werden wie die Definitionen des Begriffs „Mitgliederpartei“. Neben den Veranstaltungen einer „Akademie“ soll die Frühlingsakademie in diesem Jahr stärker „Workshop-Charakter“ haben. Ihre Arbeitsergebnisse sollen in den Diskussionsprozess um die Parteientwicklung eingebracht werden.

Anmeldungen zur Frühlingsakademie sind ab sofort möglich. Die Anmeldung kann entweder per eMail am polbil@die-linke.de, elektronisch unter

<https://www.die-linke.de/partei/politische-bildung/weitere-termine/anmeldeformular/>, telefonisch unter 030/24009-351 oder per Post an DIE LINKE, Bereich Politische Bildung, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin erfolgen.

Der Gesamt-Teilnahmebeitrag (für Unterkunft und Verpflegung) beträgt 40,00 Euro, ermäßigt 20,00 Euro. Für Bezieher/innen von Transferleistungen ist die Teilnahme kostenlos. Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Wir hoffen, dass auf Grund der Osterferien diesmal mehr Genoss/innen mit Kindern teilnehmen können.

Der **Anmeldeschluss zur Frühlingsakademie ist der 2. März 2014**. Es können 100 Genoss/innen teilnehmen. Sollte es mehr Anmeldungen geben, werden die Teilnehmenden nach den Kriterien Geschlechter-Quotierung, angemessene Beteiligung der Landesverbände sowie Ost und West, Jung und Alt ausgewählt.

Mit solidarischen Grüßen

Heinz Hillebrand

Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

Leserforum Hamburg mit nd-Chefredakteur Tom Strohschneider

Donnerstag, 20. Februar 2013, 19.00 Uhr

Georg-Asmussen-Haus

Böckmannstr. 3, 20099 Hamburg

Die stadtpolitischen Auseinandersetzungen um "Rote Flora" und "Esso-Häuser" sind derzeit genauso Thema in der Redaktion von nd wie viele andere spannende Ereignisse neben dem Europaparteitag der LINKEN in Hamburg.

Mit Unterstützung der Hamburger nd-Aktivgruppe findet in diesem aktuellen Umfeld ein diskursiver Abend über linke Medien und Öffentlichkeit, unsere Zeitung sowie natürlich der Dialog mit den LeserInnen statt.

Herzlich willkommen - Eintritt frei

Weitere Termine in (und für) Mitte

Wahlkreisversammlungen siehe Seite 1!!

Dienstag, 11.02., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 11.02., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11
alternativ: Stadt Hamburg, Einladung beachten!

Samstag/Sonntag, 15./16.02.

**Europaparteitag der LINKEN.
CCH Hamburg** (am Dammtorbahnhof)

Montag, 17.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.02., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.02., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 20.02., ab 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1.OG.
Letzte Sitzung der Wahlperiode!

Mittwoch, 26.02., 19 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung (s. S. 1)
Aufstellung der KandidatInnenliste (Bezirksliste)
PAULA der Heinrich-Wolgast-Schule

März 2014

Montag, 03.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 11.03. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 11.03., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11
alternativ: Stadt Hamburg, Einladung beachten!

Montag, 17.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.03., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Verena Brachvogel	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
Volker Honold (Schatzmeister)	040 35 77 01 42	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Martin Wittmaack	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, **IBAN** DE 23 2001 0020 0852 5392 06, **BIC** PBNKDEFF